

Zum Konflikt um die Ukraine: Analysen und Stellungnahmen aus der IV. Internationale

Der Artikel „Ukraine – Was für ein Sieg“ auf Seite I wurde am 24. Februar 2014 geschrieben. Wir veröffentlichen ihn, da er einen Gesamteindruck von der Situation in der Ukraine vermittelt und wichtige Hintergrundinformationen enthält.

Der Artikel „Ukraine: Weder russische Truppen noch Faschismus noch euro-atlantische Institutionen“ auf Seite II ist am 2. März 2014 erschienen.

Das Interview mit Ilja Budraitskis auf Seite III fand ebenfalls am 2. März 2014 statt.

Die Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale auf Seite IV wurde am 24. Februar 2014 verabschiedet.

Folglich ist auch bei diesen Texten der aktuelle Stand der Entwicklung in der Ukraine und auf der Krim noch nicht berücksichtigt.

Ukraine – Was für ein Sieg?

CATHERINE SAMARY*

Beinahe achtzig Tote auf dem Pflaster des Maidans sind zu Märtyrern des bis zum Äußersten aufgebracht Volks geworden und brachten einen bedeutenden Teil des politischen und polizeilichen Apparats des Präsidenten Janukowitsch, der sich selbst als „volksnah“ ausgab, zum Kippen. Ist das das Ende der Krise?

Das Parlament hat am Freitag, den 21. Februar für die Rückkehr zur Verfassung von 2004 gestimmt – gegen die weitere Entwicklung des Regimes zu einem Präsidialsystem. Danach hat es die Freilassung der [neo]liberalen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko verfügt, die seit zwei Jahren im Gefängnis saß. Janukowitsch sah darin einen „Staatsstreich“ und flüchtete sich von Kiew in seine eigene Hochburg Donezk. Die Grenzwächter hätten ihn wohl daran gehindert, sich in Richtung Russland davonzumachen, und die Abgeordneten erklärten, er sei nicht in der Lage, die Macht auszuüben.

Oleksandr Turtschynow, der neue Parlamentpräsident (aus dem Umfeld von Julia Timoschenko), wird legal die Aufgaben eines Interimpräsidenten bis zu den auf den 25. Mai anberaumten Wahlen wahrnehmen. Eine „Regierung der nationalen Einheit“ soll am kommenden Dienstag [26. Februar] ernannt werden.

Ist das das Ende der Krise, die im letzten November offen ausgebrochen ist?

Rückblick auf eine facettenreiche Krise

Ausgelöst wurde die Krise zwar schon durch die Weigerung des Präsidenten der Ukraine, die Assoziationsvereinbarung mit der EU zu unterzeichnen. Aber die Krise war weit davon entfernt, zwei Lager oder klar abgegrenzte Programme gegeneinander in Stellung zu bringen – „pro-russisch“ gegen „pro-EU“. Zum einen sind die ökonomischen Interessen, die hinter der Etikette für das offizielle Auftreten der Parteien liegen, verdeckt geblieben: Die „Partei der Regio-

nen“ (Janukowitschs Partei) hatte eine Kampagne für das Abkommen mit der EU geführt – und wie zu hören ist, soll die „liberale“ Julia Timoschenko von Putin respektiert werden. Ausserdem ist sie Geschäften mit Russland durchaus nicht aus dem Weg gegangen.

Darüber hinaus hängt das Land – trotz seiner regionalen Gliederung nach sprachlichen, religiösen, historischen und realpolitischen Kriterien – im Ganzen sehr an seinen demokratischen Errungenschaften und seiner nationalen Unabhängigkeit, auch in dem russischsprachigen Teil. Und schließlich ist die Volksbewegung heute – anders als in der „Orangen Revolution“ von 2004 – gewaltig argwöhnisch gegenüber allen parlamentarischen Parteien. Aber im Dezember 2013 hat die Mobilisierung als Reaktion auf die Gewalttätigkeit der Berkuts (Sicherheitskräfte) Massencharakter angenommen. Das war ein Ausdruck der Beunruhigung gegenüber einem Regime, das mehr und mehr präsidialdiktatorische Züge annahm, in dem eine oligarchische „Familie“ die Zügel in der Hand hatte, und ein Ausdruck der Furcht, eine Annäherung an Moskau werde diese Züge noch verstärken.

Um ein Bild von der konfuse Lage zu geben: Die Verabschiedung der repressiven Gesetze im Januar mitten in einem großen parlamentarischen Chaos – sie wurden danach wieder zurückgenommen – ging einher mit dem Aufruf zum militärischen Eingreifen und einem „entschlossenen Auftreten“ gegen die Besetzungen öffentlicher Gebäude. Die aber sind oft ohne Konfrontationen besetzt worden, in mehreren Provinzstädten hin und wieder sogar mit der Unterstützung der Sicherheitskräfte des Regimes...

Am Ende hat einmal mehr mangels einer glaubwürdigen Alternative von links – verstärkt durch die Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die bezüglich dieser Bewegung einzunehmen wäre – das Gewicht der extremen Rechten (vor allem im Westen und in der Mitte des Landes) den Charakter einer breiten Volksmobilisierung zum Ausdruck einer konkreten Sympa-

thie für den Mut der jungen Leute, die sich den verhassten Berkuts entgegenstellten, vernebelt.

Ende der Krise oder wachsende Gefahr der Teilung?

Durch die Woche blutiger Gewalt kamen die Protestierenden zu dem Schluss, Präsident Janukowitsch müsse sofort abtreten und die Verfassung müsse geändert werden. Das ist zunächst einmal ihr Sieg [...]

Die Ukraine steht kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Ihre Devisenreserven entsprechen dem Wert der Importe zweier Monate. Die „Hilfe“ des IWF wäre ein sozialer Sprengsatz. Das russische Darlehen in Höhe von 11 Mrd. Euro und die Zusage einer Preissenkung für das Erdgas sind eingefroren bis zur Bildung einer Regierung – unter Androhung protektionistischer Maßnahmen seitens Russlands gegen Importe aus der Ukraine, falls es zur Unterzeichnung des Abkommens mit der EU durch Kiew kommt. Die USA und die europäische Diplomatie sagen, dass sie Russland in die Suche nach Lösungen einbinden wollen – veränderte Gegebenheiten seit November?

Swoboda in ihrem ethnisch-nationalistischen Hochmut rühmt die „europäische“ Ukraine gegenüber der „asiatischen“, russischsprachigen Nicht-Ukraine. Ihre Aufnahme in die „Regierung der Einheit“ erhöht die Gefahr von Zusammenstößen im Osten des Landes bis zur Krim: Die TatarInnen, einst von Stalin vertrieben, haben hier den Maidan unterstützt, gegen die Russen (60 % der Bevölkerung), auf einer Halbinsel, die zudem eine Militärbasis für Moskau ist. Die Teilung des Landes ist nicht ausgeschlossen für eine Zukunft, die weit von den Erwartungen der Bevölkerungen entfernt ist. ■

Übersetzung: J.H.

* Catherine Samary ist Mitglied der NPA (Nouveau Parti Anticapitaliste) in Frankreich und der IV. Internationale.

Ukraine: Weder russische Truppen noch Faschismus noch euro-atlantische Institutionen

CATHERINE SAMARY

Der Sturz von Janukowitsch war kein faschistischer „Staatsstreich“; aber Zusammensetzung und politische Orientierungen der „Regierung der [nationalen] Einheit“, die auf die Unterstützung der Westmächte bauen kann, sind dabei, die Ukraine explodieren zu lassen.

Die bunt zusammengestückelten und polarisierten Darstellungen verschleiern, was sozial und für die Demokratie auf dem Spiel steht, indem sie sich auf Teilwahrheiten stützen.

Der Maidan: Es handelt sich um eine Volksbewegung, die – misstrauisch gegenüber allen Parteien – Janukowitsch wegen der von ihm selbst angewandten Methoden zu Fall gebracht hat. Mehr als nur auf Europa ausgerichtet zu sein, zielten die Mobilisierungen des Maidan auf die herrschende, oligarchische „Familie“ und den zunehmend repressiven und an persönlichen Interessen orientierten Kurs des Regimes. Die Menschen fürchteten, eine Integration in Putins Projekte würde diese abwegige Entwicklung nur verschlimmern.

Dadurch aber hat „Swoboda“ [Freiheit] an Gewicht zugenommen – eine Partei, die permanent die SS-Bataillone verherrlicht und im Moment eine Aufwertung der „europäischen Ukraine“ gegen Russland betreibt. In gleicher Weise genossen die AktivistInnen des „Prawyi Sektor“ [Rechter Sektor], die ihre Xenophobie als „Systemgegnerschaft“ zu tarnen verstanden, eine gewisse Popularität. Diese aktive Präsenz von rechtsaußen – als volksnah ver-

standen von einer Bewegung, die ideologisch konfus und vom Typ her eine Bewegung von „Empörten“ war – hat die Kräfte der Linken gespalten und geschwächt.

Aber der Übergang einer sozialen Bewegung der Straße zu einer „Regierung der [nationalen] Einheit“ verändert die Sachlage: Durch ihn erhalten die Parteien ein großes Gewicht, die en bloc von Seiten der EU, die höchst zufrieden ihr ultraliberales Projekt der „östlichen Partnerschaft“ wieder aufs Tapet bringen konnte, eine Aufwertung erfahren haben. Doch dieses von der EU präsentierte Projekt, das im Widerspruch zu den russischen Projekten steht, zerstört die Ukraine in ihrem sozialen und nationalen Bestand.

Die russische Seite – und die russische Sprache

Unabhängig von den jüngsten Ereignissen beabsichtigte Putin, den Vertrag mit der Ukraine dahingehend abzuändern, dass die Aufrechterhaltung der russischen Militärbasis in Sewastopol (das innerhalb der mit einem Sonderstatus ausgestatteten Krim einen Autonomiestatus besitzt) gegen das Angebot niedriger Tarife für russisches Erdgas verlängert würde. Jetzt versucht er – begründet mit dem Schutz der lokalen Bevölkerungen (zu 60 % russischsprachig) – zu bekommen, was er seit 2010 mit Janukowitsch unter Anwendung von Machtmitteln ausgehandelt hat: Die Truppen sollen ihre Basis verlassen, um die Krim zu kontrollieren und

und Prawyi Sektor dominieren, tragen zu der Konfusion bezüglich des gemeinsamen Erbes, der gemeinsamen kulturellen Prägungen und der Erinnerungen an die vergangene Geschichte bei. Das ist verständlich, aber nicht akzeptabel.

Gegen die Pseudo-Ausweglosigkeiten die soziale und demokratische Neuorientierung:

Gegen begangene Verbrechen bedarf es keiner Parteiverbote, sondern einer von den Parteien unabhängigen Justiz. Es kommt darauf an, rassistische Ideologien und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen: Die muslimischen Tataren der Krim, unter Stalin deportiert und zurück in ihrer Heimat seit 1991, sind – obwohl pro-Maidan aus Furcht vor der großrussischen Herrschaft – ebenso sehr durch die Ideologie der in Kiew herrschenden Swoboda wie durch den Prawyi Sektor, der das „Christentum“ gegen die „Bukas“ verteidigt, bedroht.

Wir müssen in den Vordergrund stellen, was die Bevölkerungen der ganzen Ukraine einander näher bringt – die Bejahung der Unabhängigkeit des Ukrainischen als Nationalsprache, aber verbunden mit den kulturellen und sprachlichen Rechten der KrimtatarInnen und der russischsprachigen UkrainerInnen – und die sozialen und grundlegenden Fragen. Das Streben nach Demokratie muss den Argwohn gegenüber dem „System“ wie in Bosnien in Versammlungen von BürgerInnen überleiten, die die Privatisierungen offen legen, denen die sozialen Rechte zum Opfer gefallen sind. Und gegen die Austeritätspläne des Internationalen Währungsfonds (IWF) müssen die Schulden als illegitim angeprangert werden.

Die Autonomie und bald darauf die Demilitarisierung der Krim setzen eine militärische Neutralität der Ukraine voraus. Die Einheit der Krim und die des ganzen Landes gehen einher mit der Verteidigung der sozialen und kulturellen Rechte für alle – gegen den Faschismus, die großrussische Herrschaft so wie die Herrschaft der euro-atlantischen Institutionen. ■

Übersetzung: J. H.

Der
Hauptfeind
steht im
eigenen
Land!

antirussischen Bestrebungen entgegen zu treten, auch auf die Gefahr eines Krieges hin.

Aber die Ängste, die Mobilisierung und der Ruf nach Hilfe für die lokalen Bevölkerungen sind durchaus keine bloßen Einflüsterungen aus Moskau: Als erste Amtshandlung stellte die „Regierung der Einheit“ nach dem Sturz von Janukowitsch den Status des Russischen als offizielle Sprache in den russischsprachigen Gebieten zur Disposition. Diese Maßnahme führte unmittelbar zu einem Anstieg der Spannungen, ebenso wie der Eintritt der Minister der Swoboda in die „Regierung der Einheit“. Das Niederreißen von Leninstatuen und das Verbot der „Partei der Regionen“ (Partei Janukowitschs) und der Kommunistischen Partei dort, wo Swoboda

Die Ukraine aus der Sicht der linken Opposition in Russland

Auch in Russland gibt es laute Proteste gegen das Vorgehen auf der Krim und in der Ukraine. Das folgende Gespräch fand nach einer gewaltsam aufgelösten Protestkundgebung am 2. März in Moskau statt, an der neben bürgerlich-liberalen Kräften die radikale Linke (TrotzkistInnen, AnarchistInnen) beteiligt war.

Interview mit Ilja Budraitskis*

Welche Ziele verfolgt Russland in der Ukraine?

Putin und sein Gefolge sehen in den Ereignissen in Kiew ein antirussisches Komplott des Westens. Dies ist natürlich ein Teil der Wahrheit, aber dahinter steckt eine viel komplexere Ausgangslage, und entscheidend war die die massenhafte Protestbewegung von etlichen Hunderttausend Menschen aus der Ukraine. Und Putin hat auf die Ereignisse quasi symmetrisch reagiert, nach dem Prinzip: „Wenn Ihr die Besetzung öffentlicher Gebäude und den Einsatz bewaffneter Milizen „friedliche Demonstrationen“ nennt und sie für Eure geostrategischen Interessen instrumentalisiert, dann zeige ich Euch mal meine „friedlichen Demonstranten“, die russische Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden der Ostukraine hissen, und die „legitimen Truppen zur Selbstverteidigung der Krim“, die die Kontrolle über strategische militärische Ziele übernehmen ...

Wie hoch ist die Zustimmung der russischen Bevölkerung zu Putins Vorgehen in der Ukraine und wie stark ist die potentielle Opposition?

Natürlich gab es in jüngster Zeit eine massive passive Unterstützung für das Vorgehen Putins in der Ukraine. Die Bevölkerung bezieht ihre Informationen größtenteils aus dem Fernsehen, und dort wird Kriegspropaganda betrieben. Für Außenstehende ist unvorstellbar, was die Nachrichtenprogramme auf den russischen Fernsehkanälen im Moment senden. Im Mittel-

punkt steht die Behauptung, dass in der Ukraine ein faschistischer antirussischer Putsch stattfindet und dass die Gewinner bewaffnete Anhänger des Nazikollaborateurs Bandera seien und bereit sind, gegen unsere russischsprachigen Brüder Massenterror zu entfachen. Gleichmaßen Verbreitung findet natürlich die alte Leier, wonach Sewastopol „unsere Stadt“ ist und wir nach dem Schandvertrag von 1991 Genugtuung brauchen.

Aber die BürgerInnen sind nicht für eine aktive und langfristige Unterstützung zu haben. Ich habe mir beispielsweise am 2. März abends die TeilnehmerInnen an der offiziellen Demonstration zur „Solidarität mit der Krim“ angeschaut. Überwiegend waren dies Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die von ihren Vorgesetzten gezwungen wurden, an der Kundgebung teilzunehmen. Und die Leute kapieren allmählich auch, welche wirtschaftlichen Probleme auf sie zukommen, wenn ein Krieg ausbricht.

Wie stark ist in Russland unter Putin die Demokratie eingeschränkt?

Ich denke, dass der Ausdruck „gelenkte Demokratie“ die Realität noch immer am besten trifft. Das bedeutet, dass wir noch immer nach außen hin demokratische Institutionen haben: Wahlen, Parteien, freie Medien (freilich nicht das staatliche TV, aber Zeitungen und Internet). Im Innern jedoch ist dieses System außerstande, sich „organisch“ zu regulieren – so wie im Westen – sondern es wird von oben, vom Verwaltungsapparat des Präsidenten gelenkt. Inso-

fern ist das System auch nicht stabil und nachhaltig angelegt. Wenn es massive Proteste in der Bevölkerung gibt, ist es sehr verwundbar. Insofern reagiert es auch so empfindlich auf Massenproteste wie in Moskau 2011/12 und jetzt natürlich auf die Maidan-Bewegung in Kiew.

Wie sollen sich im Westen die KriegsgegnerInnen zum Vorgehen Putins verhalten?

Die KriegsgegnerInnen sollten in allen Ländern in erster Linie ihre jeweilige Regierung kritisieren und bedenken, dass die von Putin betriebene „symmetrische“ Aggression gegenüber der Ukraine nichts als die Fortsetzung derselben Logik ist, die die USA, Großbritannien und andere westliche Staaten gegenüber Irak und Syrien angewandt haben. Insofern hat er gute Lehrmeister gehabt.

Die Ukraine wird nur eine wirkliche Unabhängigkeit erreichen können, wenn es nicht mehr Objekt der Begierde ihrer mächtigen Nachbarn im Osten wie im Westen ist. ■

Übersetzung: MiWe

**Ilja Budraitskis ist Mitbegründer von Wperjod, der russischen Sektion der IV. Internationale und einer der Sprecher der daraus hervorgegangenen Sozialistischen Bewegung Russlands.*

Das Interview wurde von unserer französischen Schwesterzeitung l'Anticapitaliste geführt.

Internationale Theorie Nr. 5

Ernest Mandel: Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins

1970, als dieser Aufsatz erstmals veröffentlicht wurde, wurde innerhalb der radikalen Linken leidenschaftlich und kontrovers die „Organisationsdebatte“ geführt. Die Frage nach revolutionärer Theorie und Praxis wurde überall gestellt und von DKP bis RAF unterschiedlich beantwortet.

Der Aufsatz war Mandels Antwort auf das Verschwinden der 68er Studentenbewegung, einer spontanen Massenbewegung, und der gleichzeitigen hitzigen Suche tausender junger Menschen nach der schnellen revolutionären Lösung und der einzig richtigen revolutionären Partei.

Auch heute steht für Teile der Linken die Organisationsfrage wieder auf der Tagesordnung. Was liegt näher, als auf die Parteikonzeption zurückzugreifen, die die ArbeiterInnenbewegung in der Zeit der großen Strukturkrise des Kapitalismus hervorbrachte, die zum ersten Weltkrieg führte – einer Zeit des politischen Verrats und des opportunistischen Niedergangs der großen sozialdemokratischen Parteien:

Die Konzeption der revolutionären, demokratisch-zentralistischen Kaderpartei, wie sie von Lenin theoretisch entwickelt und von den Parteien der Kommunistischen Internationale ab 1919 praktisch umgesetzt wurde. ■

die internationale
theorie

Ernest Mandel
Lenin und das Problem des
proletarischen Klassenbewusstseins

Bestellungen an:
RSB/IV. Internationale
Postfach 100125
46001 Oberhausen
oder per Email an
buero@rsb4.de

Je Exemplar 2,00 Euro,
bei Sammelbestellungen ab
5 Exemplaren je 1,50 Euro,
jeweils zzzg.
Versandkosten



DM 5,00 Heft 5

Erklärung zur Ukraine

Die folgende Erklärung ist am 25. Februar 2014 von dem Internationalen Komitee der Vierten Internationale angenommen worden

1.

Die politische Krise in der Ukraine hat im November 2013 begonnen, als Präsident Janukowytsch unter starkem russischem Druck beschloss, das Assoziierungsabkommen für Freihandel mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen. Die Partei der Regionen (die Partei des Präsidenten) hatte monatelang für dieses Abkommen geworben. Die politische Krise brach vor dem Hintergrund einer tiefen sozialen und Schuldenkrise aus, wegen der das Land starkem Druck des Internationalen Währungsfonds ausgesetzt war. Die Art und Weise, wie die Entscheidung getroffen wurde – durch die persönliche Macht des Präsidenten – schürte die Furcht der Bevölkerung vor einer erneuten Integration in ein von Russland dominiertes regionales Projekt und davor, dass dies den seit 2010 festzustellenden repressiven und präsidentiellen oligarchischen Trend stärken würde.

Daher standen sich bei der Krise durchaus nicht zwei klar abgesteckte Lager oder Programme gegenüber: Bei den Oligarchen und Eliten zeigten sich Unterschiede und ein Zögern, selbst innerhalb der Partei der Regionen. Und – trotz kultureller, sozialer und politischer Unterschiede zwischen den verschiedenen historischen Regionen des Landes – traten die Massen als unabhängiger Faktor auf. Sie brachten ihre „Empörung“ und ihr Misstrauen gegenüber den politischen Parteien zum Ausdruck, sei es durch direkte Beteiligung an der Maidan-Bewegung (vor allem im Westen und in der Mitte des Landes), sei es passiv (die vorherrschende Haltung im russischsprachigen Osten).

Eine Woche blutiger Gewalt hat dazu geführt, dass sich der Standpunkt der Protestierenden durchsetzte und die Forderung nach sofortigem Rücktritt von Präsident Janukowytsch erfüllt werden musste. Er wurde nicht durch einen „Staatsstreich“ gestürzt. War er schon vorher zunehmend unpopulär, so wurde er nach den 80 Opfern der Hecken-schützen, die mit scharfer Munition auf die Demonstrierenden schossen, absolut abgelehnt. Das führte nach monatelangem Zögern der herrschenden Institutionen zwischen Repressi-on und Dialog zu radikaler Isolierung des Prä-

sidenten in seinem eigenen Lager. Das Parlament stimmte für seine Absetzung, während ein Teil der Polizei und wahrscheinlich auch der Armee in Kiew und in den Regionen erklärte, sie stünden „auf der Seite des Volkes“, und die Flucht des Präsidenten nach Russland in Donezk, inmitten seiner Bastion, aufgehalten wurde.

2.

Die Bewegung wies von Anfang an eine Kombination von revolutionären (demokratischen, antihierarchischen, selbst organisierten) und reaktionären Zügen auf; welche die Oberhand gewinnt, war und ist eine Frage von politischen und sozialen Kämpfen. Diese Züge waren eng verbunden mit dem Charakter der gegenwärtigen post-sowjetischen ukrainischen Gesellschaft (atomisiert, ohne klare Klassenidentität, Verfall des Bildungswesens und Hegemonie der reaktionären nationalistischen Ideen, kombiniert mit einem legitimen Engagement für nationale Unabhängigkeit und dem dramatischen Erbe des Stalinismus).

Wir unterstützen die Unzufriedenheit und die Bestrebungen der Bevölkerung nach einem würdevollen und freien Leben in einem Rechtsstaat, der sein oligarchisches und kriminelles Regime losgeworden ist, wie sie in der sog. Euromaidan-Bewegung im ganzen Land zum Ausdruck kommen; aber wir sind davon überzeugt, dass die EU diese Hoffnung nicht erfüllen kann, und wir sagen das auch.

Wir unterstützen das Recht des gesamten ukrainischen Volkes, über die in seinem Namen ausgehandelten (oder gebrochenen) internationalen Vereinbarungen – sei es mit Russland oder mit der EU – zu entscheiden, bei voller Transparenz über ihre politischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen.

Wir verurteilen alle internationalen oder nationalen Institutionen und politischen Kräfte, gleich welche Etiketten sie tragen, die die volle und freie Entscheidung der Bevölkerung beschneiden, sei es durch wirtschaftliche oder finanzielle Diktate, durch Freiheiten abwürgende Gesetze und Sicherheitskräfte oder durch physische Angriffe, die den pluralistischen Ausdruck von Alternativen und Meinungsverschiedenheiten unmöglich machen. Von diesem Standpunkt aus verurteilen wir sowohl die

Strömungen der extremen Rechten als auch die Sicherheitskräfte des Regimes, die im übrigen vielfach die gleiche reaktionäre, antisemitische und ausgrenzende nationalistische Ideologie miteinander gemein haben.

Während die tonangebenden organisierten politischen Kräfte bislang zur Rechten oder extremen Rechten gehören, unterstützen wir die sozialen und politischen Kräfte, die versucht haben, innerhalb dieser Bewegung eine linke Opposition aufzubauen. Sie haben es abgelehnt, außerhalb der Bewegung zu bleiben oder sie mit der extremen Rechten gleichzusetzen. Diese eigenständige Orientierung bedeutete eine schwierige Konfrontation mit den faschistischen Strömungen und das Herausstellen von 25 Jahren Privatisierungen, gleich welche politischen Parteien seit der Unabhängigkeit des Landes an der Macht waren.

3.

Nach dem Sturz des Janukowytsch-Regimes hat die Massenbewegung kein fortschrittliches Programm, das auf demokratischen nationalen und sozialen Forderungen beruht, und keine unter den arbeitenden Menschen verankerten unabhängigen politischen Kräfte und Gewerkschaften – auch wenn sie voller Hoffnungen auf reale politische und soziale Veränderungen ist. Wie auch immer die kommenden Wahlen ausgehen werden, es werden Enttäuschungen für die Bevölkerung folgen. Und welche Vereinbarungen auch immer mit der EU geschlossen werden, die Parteien, die an der Macht sein werden, werden die sozialen Angriffe fortführen, wobei es das Risiko von internen Konfrontationen geben wird, die zum Zerfall des Landes führen können. Die alternative Linke muss mit ihren eigenen Vorschlägen zu den sozialen, sprachpolitischen und demokratischen Fragen auf die Hoffnungen und Illusionen der Bevölkerung antworten und den verschiedenen Rechtsparteien etwas entgegensetzen.

Wir hoffen, dass die ukrainische Bevölkerung in allen Regionen des Landes ihre eigenen Formen der Selbstorganisation und des autonomen Ausdrucks ihrer konkreten Forderungen und des Misstrauens gegenüber den herrschenden Parteien finden wird. ■

